



## Mehr Sicherheit bei der Nutzung von Smartphones

Mehr Sicherheit bei der Nutzung von Smartphones  
Aktuelle Umfrage untermauert Bedeutung des Datenschutzes - Verbraucherministerin Aigner fordert von Anbietern höhere Standards  
Viele Verbraucher verzichten auf die Nutzung eines Smartphones oder laden bewusst keine Apps herunter, weil sie kein Vertrauen in deren Sicherheit haben. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Umfrage, die heute von der Unterarbeitsgruppe "Mobile Sicherheit" des Nationalen IT-Gipfels in Berlin vorgelegt wurde. 28 Prozent der Bundesbürger sind bereits im Besitz eines internetfähigen Smartphones. Nach Angaben des Branchenverbandes Bitkom wurden im Jahr 2011 allein in Deutschland 11,8 Millionen Smartphones verkauft, ein Plus von 31 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.  
Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner, deren Ministerium sich an der Unterarbeitsgruppe beteiligt und Mitinitiator der Umfrage war, sieht sich durch die Ergebnisse in ihrer Forderung nach mehr Sicherheit und Datenschutz bestätigt: "Investitionen in mehr Sicherheit nützen nicht nur den Verbrauchern - sie können auch Wachstumsimpulse für die Anbieter auslösen. Auf Dauer werden sich nur Internet-Angebote auf dem Markt behaupten können, bei denen die Nutzer auf die Sicherheit ihrer Daten vertrauen können." Es sei unverständlich, dass immer neue Geräte, neue Software und neue Anwendungen auf den Markt kämen - die Sicherheitsvorkehrungen dieser Dynamik aber hinterherhinken. "Niemand würde ernsthaft auf die Idee kommen, ein Auto ohne die neuesten Sicherheitsstandards auf den Markt zu bringen. Bei Smartphones und Apps ist dies leider noch nicht selbstverständlich", kritisierte Aigner. "Bei der Transparenz, den Voreinstellungen und den Kontrollmöglichkeiten sehe ich noch großen Nachholbedarf."  
Die von TNS Emnid durchgeführte Umfrage (4.000 Befragte) verdeutlicht, dass ein Großteil der Verbraucher erwartet, dass die mobilen Geräte bereits im Kaufzustand sicher und alle Daten geschützt sind. Zwar wären viele Verbraucher bereit, für eine umfassende Sicherheit mehr zu zahlen. Allerdings sind 95 Prozent derer, die nicht zu Mehrausgaben bereit sind, der Ansicht, dass Smartphones bereits ab Werk die notwendige Sicherheitsausstattung aufweisen müssen. Auch bei der Nutzerfreundlichkeit von Smartphones und ihren Anwendungen haben die Anbieter Nachbesserungsbedarf: So gibt fast ein Drittel der Nichtnutzer an, die Technik sei ihnen schlicht "zu kompliziert".  
Für Dr. Karsten Ottenberg, Co-Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Vertrauen, Datenschutz und Sicherheit im Internet" des IT-Gipfels und Vorsitzender der Geschäftsführung Giesecke & Devrient GmbH sind Sicherheit und Vertrauen zentrale Voraussetzungen für eine breite Nutzung der neuen Technologien. Beides seien Themen, bei denen die deutsche Industrie auch international punkten könne. "In vielen technologischen Flaggschiffen auf dem Mobilfunk-Markt steckt deutsche Spitzentechnologie. In der Arbeitsgruppe des IT-Gipfels beschäftigen wir uns mit der Frage, wie wir neben den technologischen Aspekten auch ein modernes, angemessenes regulatorisches Rahmenwerk schaffen können, um in Deutschland und aus Deutschland heraus unsere Vorstellungen international zur Geltung zu bringen", so Ottenberg. Wie die Umfrage zeige, sei Sicherheit dabei ein wichtiges Argument für die Auswahl eines Smartphones.  
Aigner sieht Anbieter in der Bringschuld  
Nachdem die Bundesregierung mit der Einführung der Button-Regelung zum Schutz vor Internet-Kostenfallen und der Möglichkeit der Drittanbieter-Sperre bei Telefonrechnungen die Rahmenbedingungen für sicheres mobiles Internet massiv verbessert hat, sieht Aigner nun die Anbieter - vom Gerätehersteller bis zum App-Programmierer - in der Bringschuld: "Die Anbieter müssen die Verbraucher mit hohen Sicherheitsvorkehrungen effektiv vor Datenmissbrauch schützen." Vor allem bei Apps sieht Aigner Nachholbedarf. Teilweise greifen Apps auch auf Daten zu, die sie gar nicht benötigen. Aigner forderte, Verbraucher müssten "jederzeit die volle Kontrolle über ihre Smartphone-Daten haben". Auch vorinstallierte Apps müssten auf einfachem Weg wieder zu deinstallieren sein.  
Aigner bekräftigte, sich im Rahmen der laufenden Gespräche über die geplante EU-Datenschutz-Grundverordnung weiter für die Verpflichtung zu datenschutzfreundlichen Voreinstellungen und zur Berücksichtigung des Datenschutzes im Produkt-Design einzusetzen. "Verbraucherfreundliche Voreinstellungen sind gerade bei Smartphones für das Verbrauchervertrauen von großer Bedeutung", so Aigner. Bisher müssen sich die Verbraucher in der Regel mühsam durchklicken, um herauszufinden, auf welche Daten eine App zugreifen kann oder wie sie eine PIN zur Sperrung des Handys aktivieren können. Die Unternehmen müssten künftig die Geräte so ausgestalten, dass die Verbraucher zum Beispiel vor dem Zugriff einer App auf ihre Kontakte, ihren Standort oder andere vertrauliche Bereiche gefragt werden, ob sie diesen Zugriff erlauben wollen. Derzeit wird es häufig dem App-Anbieter überlassen, ob er die Nutzer ausreichend informiert.  
Weitere Ergebnisse der Umfrage zu Smartphones  
86 Prozent der Befragten halten Sicherheit und Datenschutz für wichtig bis sehr wichtig, für 45 Prozent sind sie ein wesentliches Kriterium bei der Kaufentscheidung. Über ein Drittel derer, die kein Smartphone nutzen, nennen fehlendes Vertrauen als Grund für die Nichtnutzung. 80 Prozent der Befragten geben an, auf bestimmte Anwendungen zu verzichten, um sich vor Gefahren bei der Smartphone-Nutzung zu schützen. Nur wenige nutzen bisher das Smartphone für mobile Bankgeschäfte oder mobiles Bezahlen. Als Hauptgrund werden Zweifel an der Sicherheit genannt. Zwei Drittel lehnen den Zugriff Dritter auf ihr Smartphone generell ab, der Rest der Nutzer will dies nur dann gestatten, wenn er zuvor ausdrücklich zugestimmt hat. Deutlich erkennbar ist auch der Wunsch nach mehr Transparenz: 87 Prozent der Befragten wollen vor der Installation einer App wissen, auf welche konkreten Daten die Anbieter sowie Dritte zugreifen.  
Der IT-Gipfel und die Unterarbeitsgruppe "Mobile Sicherheit"  
Der Nationale IT-Gipfel ist ein vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ausgerichtetes und seit 2006 jährlich stattfindender Kongress, der Konzepte entwickelt, wie die Bundesrepublik Deutschland als IT-Standort gestärkt werden kann. Am 13. November 2012 findet der siebte nationale IT-Gipfel in Essen statt. Im Zentrum der Unterarbeitsgruppe "Mobile Sicherheit" steht die Frage, wie Sicherheit, Datenschutz und Vertrauen im mobilen Internet (Smartphones) gestärkt werden können. Sie ist Teil der Arbeitsgruppe 4 "Vertrauen, Datenschutz und Sicherheit im Internet".  
Weitere Informationen im Internet:  
Hintergrundpapier zur Umfrage "Sicherheit und Datenschutz bei Smartphones": [www.bmelv.de/smartphonesicherheit\\_hintergrund](http://www.bmelv.de/smartphonesicherheit_hintergrund) Link zur Broschüre "Mobile Sicherheit - Ortung - Datenschutz": [www.bmelv.de/tipps-mobile-internetnutzung](http://www.bmelv.de/tipps-mobile-internetnutzung) Hinweise zu Sicherheit und Datenschutz in der digitalen Welt: [www.surfer-haben-rechte.de](http://www.surfer-haben-rechte.de) Tipps speziell - aber nicht nur - für Jugendliche: [www.watchyourweb.de](http://www.watchyourweb.de)  
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)  
Wilhelmstraße 54  
10117 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 03 0 / 1 85 29 - 0  
Telefax: 03 0 / 1 85 29 - 42 62  
Mail: [poststelle@bmelv.bund.de](mailto:poststelle@bmelv.bund.de)  
URL: <http://www.bml.de>

## Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

[bml.de](http://bml.de)  
[poststelle@bmelv.bund.de](mailto:poststelle@bmelv.bund.de)

## Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de  
poststelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.